

Einführung in die Politikwissenschaft

Video 9.2: Vergleichende Regierungslehre – Patterns of Democracy

Skript:

Intro Jingle

Hallo und herzlich Willkommen bei einem neuen Lernvideo zur Einführung in die Politikwissenschaft.

Titelfolie

Im vorhergehenden Video habe ich eine Übersicht über die Probleme der vergleichenden Regierungslehre gegeben. In diesem Video möchte ich diese Probleme aber auch die Bedeutung dieses Forschungsfelds anhand eines konkreten Beispiels diskutieren, das mittlerweile als Klassiker gilt: die «*Patterns of Democracy*» von Arend Lijphart.

Wo wir uns befinden

Das nachfolgende Lernvideo 9.2 «Vergleichende Regierungslehre – Patterns of Democracy» ist Teil der Einführung ins Forschungsfeld «Vergleichende Politik».

Inhalt

Auf der Grundlage der Vertiefungslektüre von [KLICK] Florian Grotz können wir die drei Probleme, wie wir sie im Lernvideo 9.1 diskutiert haben, am konkreten Beispiel eines sehr wichtigen Grundlagenwerks aufzeigen. Es handelt sich um die [KLICK] *Patterns of Democracy* von Arend Lijphart.

Lijphart wählt eine [KLICK] zentrale Ausgangsfrage mit der er eine theoretische konzeptionelle Grundlage schafft (unser erstes Problem im Lernvideo 9.1), die er dann mit Hilfe von [KLICK] zehn Strukturmerkmalen misst – das zweite Problem. Mit Hilfe einer [KLICK] Karte, auf der die Masse abgetragen werden, begegnet Lijphart dem dritten Problem – der Übertragbarkeit der Resultate – auf sehr elegante Weise.

Wie in der Wissenschaft üblich und wichtig, hat die Studie von Lijphart auch einige Kritik einstecken müssen. Beginnen wir aber zuerst mit der Beschreibung des 1999 erschienenen Werks [KLICK und rot].

Patterns of Democracy

[KLICK] Arend Lijphart wird 1936 in den Niederlanden geboren, studiert und lehrt in den USA an der University of California in San Diego. Lijphart hat grossen Einfluss auch auf die Entwicklung der vergleichenden Politikwissenschaft und gilt als einer der Väter des Neo-Institutionalismus. Schon früh beginnt sich Lijphart für die Institutionen jener Demokratien zu interessieren, in denen verschiedene vor allem religiöse und sprachliche Minderheiten in einem Land zusammen leben. [KLICK] 1984 erscheint *Patterns of Majoritarian & Consensus Government in Twenty-one Countries* sozusagen der Vorläufer zum 1999 erscheinenden [KLICK] *Patterns of Democracy*, das uns hier interessiert.

Um die Bedeutung aber auch die Probleme der vergleichenden Regierungslehre etwas zu verdeutlichen folgen wir Florian Grotz in der Vertiefungslektüre und besprechen die mittlerweile klassische Studie von Arend Lijphart. Das Ziel von Lijphart ist es, Muster (*patterns*) zu finden, mit denen unterschiedliche etablierte Demokratien *systematisch* erfasst, beschrieben (gemessen) und eben verglichen werden können.

Inhalt

Zu Beginn seiner Überlegungen stellt sich Lijphart [KLICK und rot] eine zentrale Frage...

Fundamentale Ausgangsfrage

...von der er sein [KLICK] theoretisches Konzept ableitet. Die fundamentale Ausgangsfrage lautet [KLICK]: wer regiert und zu welchen Gunsten soll die Regierung Entscheide fällen, wenn die Bürger:innenschaft unterschiedliche Präferenzen hat?

«(...) fundamental question: who will do the governing and to whose interests should the government be responsive when the people are in disagreement and have divergent preferences?» (1999: 1)

[KLICK] Lijphart schreibt, es gebe auf diese Frage zwei Antworten: [KLICK] Entweder entscheidet die Mehrheit der Bevölkerung; dies bezeichnet er als Mehrheits- oder Majorzprinzip oder aber [KLICK] die Entscheidung wird von so vielen Menschen wie möglich gefällt; dies bezeichnet er als Konsensprinzip.

In der Einleitung zur schreibt er zudem Folgendes

«There are many ways in which, in principle, a democracy can be organized and run; in practice, too, modern democracies exhibit a variety of formal governmental institutions, like legislatures and courts, as well as political party and interest group systems. However, clear patterns and regularities appear when these intuitions are examined from the perspective of how majoritarian or how consensual their rules and practices are»

Inhalt

Wie konsensual oder wie majoritär eine Demokratie ist, misst Lijphart in der Folge anhand [KLICK und rot] von 10 Strukturmerkmalen.

10 Strukturmerkmale (1)

Damit geht er das zweite Problem – die Messung dieser beiden Prinzipien – an. Die [KLICK] 10 Strukturmerkmale haben für die beiden Prinzipien also die [KLICK] Mehrheitsdemokratie und die [KLICK] Konsensdemokratie jeweils unterschiedliche Ausprägungen, die sich messen lassen.

Schauen wir uns diese [KLICK] 10 Strukturmerkmale etwas genauer an:

Ein erstes Merkmal, in dem sich die beiden Typen unterscheiden, ist die Frage, wie sich die Regierung, also die Exekutive eines Landes zusammensetzt. In einer [KLICK] Mehrheitsdemokratie besteht die Regierung aus nur einer Partei, nämlich jener Partei, die bei den Wahlen gewinnt. In einer [KLICK] Konsensdemokratie teilen sich mehrere Parteien in einer Koalition die Regierungsmacht.

Das zweite Merkmal kennzeichnet die Beziehungen zwischen der Exekutive und der Legislative. [KLICK] In einer typischen Mehrheitsdemokratie hat die Regierung sehr viel Macht und kann z.B. ein Veto gegen Parlamentsentscheide einlegen. In einer [KLICK] Konsensdemokratie ist die Macht zwischen den beiden Gewalten eher ausbalanciert.

Die Zahl der Parteien ist ein weiteres Strukturmerkmal: Mehrheitsdemokratien sind typischerweise eher [KLICK] Zweiparteiensysteme (hier treten zwei grosse Parteien zu den Wahlen an). In einer Konsensdemokratie gibt es hingegen eher ein [KLICK] Mehrparteiensystem: Viele Parteien versuchen hier, Wähler:innen von sich zu überzeugen.

Die Zahl der Parteien hängt in der Regel auch mit dem Wahlsystem zusammen: Bei [KLICK] Majorzwahlsystemen, also Wahlsysteme, bei denen es einen Gewinner geben soll (50% +1 Stimme heisst, dass diese Partei alles gewinnt [*winner takes all*]), in diesem System also, lohnt es sich für kleine chancenlose Parteien eher nicht, anzutreten, was eben zu einem Zweiparteiensystem führt. Bei [KLICK] Proporzahlen hingegen, bei denen Parteien anteilmässig nach ihrer Wahlstärke Sitze kriegen, können auch kleine Parteien auf einen Erfolg hoffen und es entsteht eher ein Mehrparteiensystem.

In Majorzdemokratien sind Verbände in der Regel nicht direkt in den Entscheidungsprozess eingebunden. Hier wird vor allem Lobbyarbeit betrieben und die Verbandslandschaft ist relativ dispers. Dies wird mit dem Begriff [KLICK] «pluralistisch» beschrieben. Konsensdemokratien sind hingegen eher so genannte [KLICK] «korporatistische» Systeme. Hier werden v.a. Wirtschaftsverbände in Entscheidungsverfahren eingebunden und das Verbändesystem ist gut organisiert.

Konsensdemokratien seien in der Regel eher [KLICK] föderalistische Staaten, während Mehrheitsdemokratien eher unitarisch oder [KLICK] zentralistisch aufgebaut sind – so Lijphart. Er begründet dies damit, dass in Konsensdemokratien auch die subnationalen Einheiten eingebunden werden in den Entscheidungsprozess.

Dieser Föderalismus spiegelt sich häufig auch in der Anzahl der Kammern wieder: [KLICK] Zwei Kammern bedeuten häufig auch eine Vertretung der subnationalen Einheiten im Parlament (z.B. Ständerat in der CH), während es in zentralistischen Staaten keine zweite, bzw. eben nur [KLICK] eine Kammer gibt, in der die Bevölkerung vertreten wird.

Ein wichtiges Merkmal ist bei Lijphart die sogenannte *Rigidität der Verfassung*. Die Frage ist, wie einfach die Verfassung in einem Land geändert werden kann. Während es in Konsensdemokratien häufig eine übergrosse, qualifizierte Mehrheit braucht (z.B. das Volks- und das Ständemehr in der Schweiz), ist eine Änderung der Verfassung in der Mehrheitsdemokratie

relativ einfach möglich. Hier ist die Verfassung also ziemlich [KLICK] flexibel, während Konsensdemokratien eher [KLICK] rigide Verfassungen aufweisen.

Dies wiederum spiegelt sich auch in der Verfassungsgerichtsbarkeit wider. Oberste Gerichte, die über die Verfassung hüten, also Gesetzesänderungen von Parlamenten kassieren können, wenn sie der Meinung sind, dass sie gegen die Verfassung verstossen, finden sich eher in [KLICK] Konsensdemokratien, weil hier die Verfassung ja sozusagen stärker geschützt werden muss als in [KLICK] Mehrheitsdemokratien.

Auch die Zentralbank wird von Lijphart als wichtiger Akteur betrachtet, wenn es darum geht, Entscheide zu fällen, die der Mehrheit oder möglichst vielen Bürger:innen zugutekommen soll, wie ja die Ausgangsfrage lautete. Ist die Zentralbank [KLICK] abhängig von Weisungen der Regierung, so weist dies eher auf eine Mehrheitsdemokratie hin; ist sie hingegen [KLICK] autonom, so kann sie eine wichtige Vetoposition im Spiel der Machtteilung in Konsensdemokratien sein.

Denk Mal!

Finden Sie mögliche Beispiele von Demokratien, die eher Konsensdemokratien oder eher Mehrheitsdemokratien sind?

10 Strukturmerkmale (2)

Lijphart bezeichnet [KLICK] die USA und Neuseeland als typische Mehrheitsdemokratien und die [KLICK] Schweiz und Belgien als typische Konsensdemokratien. Wenn Sie die Schweiz als Beispiel gefunden haben, dann haben sie das politische System der Schweiz schon ziemlich gut verstanden. Allerdings hat die Schweiz natürlich kein Verfassungsgericht...

Nachdem Lijphart mit diesen 10 Hauptmerkmalen die beiden Typen von Demokratien unterscheiden kann, versucht er die einzelnen Merkmale in 36 verschiedenen Ländern zu messen. (Wir werden im nächsten Lernvideo 9.3 sehen, dass dies gar nicht so einfach ist, wie es aussieht). Hier interessiert uns im Moment lediglich, dass Lijphart mit einem statistischen Verfahren, das sich *Faktorenanalyse* nennt, die gemessenen Merkmale zusammenfasst und zwei unterschiedliche Dimensionen findet: Die [KLICK] Exekutive-Parteien-Dimension, der die ersten fünf Merkmale angehören und die [KLICK] Föderalismus-Unitarismus-Dimension, die die zweiten fünf Merkmale zusammenfasst.

Inhalt

Mit Hilfe dieser beiden Dimensionen entwirft Lijphart seine [KLICK und rot] *conceptual map*.

Conceptual Map (1)

Diese Karte entsteht, wenn die beiden Dimensionen als Achsen gezeichnet werden. Die Werte sowohl für die [KLICK] Föderalismus-Unitarismus-Dimension wie auch für die [KLICK] Exekutiv-Parteien-Dimension bewegen sich zwischen -2 und +2, wobei positive Werte überdurchschnittliche Ausprägungen anzeigen und negative Werte unterdurchschnittliche Ausprägungen.

[KLICK] In diese Karte lassen sich dann die Länder entsprechend ihrer Werte eintragen. Die Beispielländer von vorhin finden sich etwa hier [KLICK] – die USA, die also eher überdurchschnittliche Werte in der Exekutiv-Parteien-Dimension aufweist, aber eher unterdurchschnittliche Werte in der Föderalismus-Unitarismus-Dimension. Die [KLICK] Schweiz weist in beiden Dimensionen unterdurchschnittliche Werte auf. Das macht sie zu einer ziemlich idealtypischen [KLICK] Konsensdemokratie, während hohe Werte auf beiden Dimensionen eher [KLICK] Mehrheitsdemokratien bezeichnen

Durch verschiedene empirische Vergleiche kommt Lijphart in seinem Buch dann zum Schluss, dass Konsensdemokratien in verschiedenen Bereichen besser abschneiden als Mehrheitsdemokratien, dass sie also [KLICK] «*kinder und gentler*» sind – ein Resultat, das ziemlich viel Wirbel verursacht hat. Er zeigt z.B. bivariate Korrelationen zwischen der Exekutiv-Parteien-Dimension und besserer Frauenrepräsentation, mehr Einkommensgleichheit oder mehr Demokratiezufriedenheit, die eben in Konsensdemokratien höher ist als in Majorzdemokratien.

Inhalt

Patterns of Democracy gilt heute als wichtiger Klassiker der Vergleichenden Politikwissenschaft, hat aber auch einige Kritik erfahren, mit der wir uns die drei Probleme der Vergleichenden Politikwissenschaft noch einmal vor Augen führen können.

Kritik

Florian Grotz [KLICK] würdigt die Patterns of Democracy als [KLICK] Meilenstein in der vergleichenden Regierungslehre: Es ist eine theoretische Innovation, weil die Idee von Demokratie [KLICK] plausibel und einheitlich funktional erfasst wird.

[KLICK] Die einzelnen Merkmale fassen zudem verschiedene Forschungsstränge stimmig zusammen und die [KLICK] neue (und empirisch unterfütterte) Behauptung, dass nicht Mehrheits- sondern eben Konsensdemokratien besser seien, erzeugt viel Diskussion in der Politik und der Politikwissenschaft, die bisher vom Gegenteil ausgegangen ist: Bisher sind Grossbritannien und die USA als Prototypen funktionierender Demokratie und als eigentliche Vorbilder gepriesen worden, deren Institutionen auf der ganzen Welt eingeführt werden sollten.

Doch kann Lijphart den drei Problemen der Vergleichenden Politik, wie wir sie im Lernvideo 9.1 diskutiert haben, wirklich wirksam begegnen. Hat er ein stimmiges Konzept, das er adäquat misst und verallgemeinern kann?

Seine Studie erfährt tatsächlich Kritiken, die sich diesen drei Fragen zuordnen lassen: Seinen Überlegungen werden [KLICK] erstens theoretisch-konzeptionelle Schwächen vorgeworfen, weil er vor allem nicht strikt unterscheidet zwischen Polity und Politics. Insbesondere betrachtet er also das Wechselspiel zwischen Akteuren und Institutionen zu wenig. Als Beispiel sei die Anzahl Parteien und das Wahlsystem genannt. Ich habe vorhin schon kurz ausgeführt, dass die Anzahl Parteien eben eine Folge des Wahlsystems sind. Damit fliessen aber eigentlich zwei Mal ähnliche Konzepte mit ein. Zudem lässt sich die Anzahl Parteien streng genommen nicht beeinflussen (im Sinne von *Institutional Engineering*).

Darüber hinaus wird Lijphart vorgeworfen, dass die einzelnen Merkmale teilweise etwas gar grob [KLICK] gemessen werden. Das hat aber dann eben auch Auswirkungen auf die beiden

Dimensionen. Es gibt Studien, die zeigen, wie man die Dimensionen auch alternativ messen könnte und damit auf andere Resultate käme.

Und schliesslich wird bestritten, dass sich [KLICK] die Resultate verallgemeinern lassen. Natürlich war die sehr oft in Kolonien durchgeführte Idee, dass Institutionen von Mehrheitsdemokratien wie der USA oder Grossbritannien in neue Demokratien eingepflanzt wurden, nicht wirklich gut. Viele Kriege hätten wohl verhindert werden können, wenn man im Zuge der mehr oder weniger erzwungenen Demokratisierung Institutionen gebraucht hätte, die mit unterschiedlichen ethnischen Minderheiten im gleichen Land besser umgegangen wären, als Strukturen reiner Mehrheitsdemokratien, in denen zu wenig starke Minderheiten eben dauerhaft unterdrückt werden können.

Das heisst aber nicht zwingend, dass die Idee des Konsenses besser funktioniert in neuen Demokratien. Die Einführung von Institutionen der Konsensidee im Sinne von Machtteilung führte etwa in Ländern wie Bosnien nicht wirklich zu einer Machtbalance und Machtteilung, sondern zu einer Blockade. In Bosnien wurde versucht, die verschiedenen ethnischen Gruppen an der politischen Macht zu beteiligen und eine Verfassung eingesetzt, die der Idee einer Konsensdemokratie nahekommt. Allerdings lassen sich in Bosnien eben eher Blockaden beobachten, weil die einzelnen Gruppen ihre Vetomöglichkeiten eher nutzen, um die anderen einzuschränken; Ziel ist hier häufig nicht Konsens, sondern zu verhindern, dass andere etwas kriegen. Auch empirisch kann also gezeigt werden, dass sich die Befunde der *Patterns of Democracy* nicht einfach verallgemeinern lassen.

Wir werden im nächsten Lernvideo 9.3 zwei Merkmale von Lijphart ein wenig genauer betrachten: die Beziehung zwischen Regierung und Parlament und die Unterschiede zwischen föderalistischen und zentralistischen Systemen. Noch einmal werden uns die drei Probleme der Vergleichenden Politikwissenschaft dort begegnen.

Outro

Ob Sie den Inhalt des Lernvideos verstanden haben, testen Sie am besten mit den Fragen und Antworten, die Sie unter Ilias finden. Dort finden sie zudem auch die hier verwendete Vertiefungslektüre.

Mit dem Besuch der Vertiefungsvorlesung können sie ihr Wissen anwenden und so ihr Verständnis vertiefen.

Haben Sie Verständnisfragen? Diese können gerne ins Ilias-Forum gestellt werden.

Für Kritik und Anregungen erreichen Sie mich zudem immer auch per E-Mail.